

Europäische Verfassung

Seit Mitte Juni 2003 existiert ein Entwurf der Europäischen Verfassung, gegen den der Vatikan, ja alle christlichen Kirchen, Sturm laufen.

Die Präambel dieser Verfassung enthält keinen Gottesbezug, sondern bezieht sich auf die „kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas“. „Die zentrale Stellung des Menschen und die Vorstellung von der Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie vom Vorrang des Rechts in der Gesellschaft“ stehen im Mittelpunkt. Ein Zitat von Thucydides steht ganz am Anfang und nimmt Bezug auf die Demokratie im alten Griechenland. Europa ist eben mehr als das christliche Abendland.

Auch wenn der Artikel 51 des Verfassungsentwurfs den Umgang mit den Kirchen und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften nach den nationalen Regelungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip fest schreibt, haben die humanistischen und freigeistigen Verbände einige wesentliche Ziele durchsetzen können. Unsere Forderung nach Streichung des Artikels 51 war bisher nicht erfolgreich.

Dank gilt hier insbesondere den Belgischen Humanisten und der European Humanist Federation, die wesentlich dazu beigetragen haben, den Dialog mit der EU-Kommission und mit dem EU-Verfassungskonvent ausgeglichen zu gestalten. Nicht der Nuntius der Europäischen Bischofskonferenz in Brüssel ist der Ansprechpartner der EU-Kommission mit den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, sondern der Vertreter der Belgischen Humanisten hat diese offizielle Koordinationsfunktion. Grund für diese EU-Entscheidung ist die nicht-demokratische Struktur insbesondere der katholischen Kirche!

Alle nationalen freigeistigen Verbände haben die Aufgabe, ihre Regierungen zu stärken, um diesen gefundenen Kompromiss im Rahmen der anstehenden Regierungsverhandlungen zur Europäischen Verfassung nicht wieder zu kippen. Der DFW steht diesbezüglich im Schriftwechsel mit dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt. Die bisherigen Antworten bestärken die DFW-Position.

**Horst Prem
Vizepräsident**

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Unitariertag in Kassel

„Warum nicht Frieden?“ war das Motto des Unitariertages vom 6.-9. Juni 2003 in Kassel. Das vor eineinhalb Jahren festgelegte Thema war anlässlich der nicht zu rechtfertigenden Vorgehensweisen westlicher Demokratien gegen souveräne Staaten hochaktuell geworden. Nahezu alle Unitarier, nicht nur in Deutschland, sind viel näher den Gedanken von Kofi Annan, dessen Reden zu einer Weltfriedensordnung, herausgegeben von Stephan Mögle-Stadel unter dem Titel „UNvollendeter Weg – die UNO im 21. Jahrhundert“ erschienen im Verlag Deutsche Unitarier, reißenden Absatz fanden.

Gegenüber anderen Unitariertagen stand das Gespräch in Kleingruppen zu Themen im Mittelpunkt, die aus dem Plenum heraus formuliert wurden. Auch diese drehten sich immer wieder um die zukünftige Friedenssicherung, die in der Familie beginnt, und um den Einfluss Europas auf diese Friedenssicherung. Hochaktuelle Themen, die sicherlich nicht einfach zu beantworten sind.

Übereinstimmend klang durch, dass der von den USA und England eingeschlagene Weg für nicht zielführend gehalten wird und Europa mit den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit basierend auf seiner neuen Verfassung einen anderen Weg auch in Übereinstimmung mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag finden muss.

Bleibt noch zu ergänzen, dass die Neuwahlen zum Vorstand der Unitarier im Wesentlichen zur Wiederwahl des amtierenden Vorstandes mit Eike Möller als Präsident geführt haben. Gisela Hildebrandt übernahm die Hauptkasse, Antje Paul wurde Auslandsreferentin und Manfred Tepel wurde zum Schriftführer gewählt.

Horst Prem
Vizepräsident

Einladung zum freigeistigen Jugendtreffen

Der Humanistische Freidenkerbund Brandenburg lädt alle interessierten und aktiven jungen Leute aus den verschiedenen Verbänden der Freidenker und Humanisten in Brandenburg sowie der Freireligiösen und Unitarier aus unterschiedlichen Bundesländern zu einem Jugendtreffen ein, und zwar vom 5. bis 7. September 2003, in der Jugend- und Bildungsstätte Bollmannsruh, am Beetzsee bei Potsdam, 14778 Bollmannsruh, Tel. 033838-40018.

Das Programm sieht folgendermaßen aus: Am 5.9. sollte bis 18 Uhr die Anreise erfolgen. Nach Zimmeraufteilung und Abendessen lernen sich die Teilnehmer kennen, anschließend gibt es eine Disco-Veranstaltung.

Am 6.9. gibt es Workshops und Gesprächskreise zu folgenden Themen:

1. Jugendweihe/Jugendfeier – Teil der Jugendkulturarbeit?
2. ehrenamtliche Jugendarbeit und JugendleiterCard
3. internationaler Jugendaustausch
4. offene Jugendarbeit und Jugendklubs
5. Schwerpunkte freigeistiger Jugendarbeit



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Nach dem Mittagessen können bei Bedarf Versammlungen durchgeführt werden. Am Nachmittag soll noch ein Volleyballturnier stattfinden, und am Abend gibt es ein Konzert mit einer Jugendband, anschließend Disco.

Am 7.9. werden die Workshops fortgesetzt und ausgewertet. Nach dem Mittagessen erfolgt die Abreise.

Änderungen sind vorbehalten. Das traditionelle Landestreffen der Jungen Humanisten Brandenburgs wird diesmal durch Gäste aus anderen freigeistigen Verbänden erweitert. Anliegen ist es vor allem, durch ein offenes Kennenlernen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erfahren und zusammen viel Spaß zu haben.

Übernachtungen erfolgen in Bungalows mit 2-, 3- und 4-Bett-Zimmern. Vollverpflegung (3 Mahlzeiten) sind von Freitagabend bis Sonntagmittag gebucht. Die Unkosten betragen 54,- € pro Person. Sie sind bis zum 1.9.03 auf das Konto des Humanistischen Freidenkerbundes bei der Bank für Sozialwirtschaft, Konto-Nr. 3329801, BLZ: 100 205 00, Verwendungszweck: Name des Teilnehmers, zu überweisen (Barzahlung am Anreisetag auch möglich).

Schriftliche Anmeldungen sind bis zum 27.8.03 zu richten an: Humanistischer Freidenkerbund, 14641 Nauen, Karl-Thon-Str. 42.

*Dr. Volker Mueller
Katrin Jura*

Landesversammlung der Freireligiösen Landesgemeinde Baden

Die Freireligiösen aus Baden trafen sich kürzlich in Mannheim, dem Sitz der mit Abstand mitgliederstärksten Ortsgemeinde, zu ihrer jährlichen Landesversammlung.

Turnusmäßig standen wieder die Wahlen zum Vorstand und den Satzungsremien an. Rainer Schrauth, Weinkaufmann aus Mannheim, wurde zum 8. Mal in Folge zum Vorsitzenden gewählt. Nachfolgerin im Amt der stellvertretenden Vorsitzenden wurde Tanja Saini aus Karlsruhe, die Richard Freyer (Heilbronn) ablöste, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stand und mit einem Präsent verabschiedet wurde.

Mitglieder des Landesgemeinderats sind für die nächsten zwei Jahre Wilfried Baumgart, Sieglinde Duda, Ingeborg Laszlo, Karl-Heinz Schneider und Helma Uehlein (alle Mannheim) sowie Herbert Ebel (Heidelberg), Richard Freyer (Heilbronn) und Petra Schöttle (Pforzheim) und als Ersatzbeiräte Stefan Schrauth (Mannheim) und Stefan Roßbach (Karlsruhe).

Inhaltliche Schwerpunkte der harmonischen Veranstaltung waren neben den Berichten der Funktionsträger die Mitgliedersituation in den sehr unterschiedlich strukturierten neun Ortsgemeinden und Probleme und Möglichkeiten der Jugendarbeit.

*Joachim Koch
Landessekretär Freireligiöse Landesgemeinde Baden*



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Tag der freien Religion

Am Wochenende vom 17.-19. Oktober 2003 werden die Freireligiöse Landesgemeinde Baden und die Freireligiöse Gemeinde Mannheim den ersten Tag der freien Religion im Mannheimer Novotel veranstalten.

Das Motto lautet: „Voneinander lernen – Miteinander leben“

Die dreitägige Veranstaltung beinhaltet einen kulturellen Teil zur Eröffnung am Freitag Abend, eine interreligiöse Stadtführung durch Mannheim am Samstag Vormittag, verschiedene Gesprächs- und Workshop-Angebote zum freireligiösen, freigeistigen, humanistischen Spektrum am Samstag Nachmittag, einen bunten Abend am Samstag und eine Abschlusskundgebung am Sonntag Vormittag. Im Mittelpunkt stehen Information, Vergleich und Austausch und mögliche Ansätze für verstärkte Zusammenarbeit.

Freigeistige Verbände sind aufgefordert, sich mit einem Teil ihrer Mitglieder an der Veranstaltung zu beteiligen.

Geplant ist, dass Verbände und Organisationen aus dem freigeistigen Spektrum im Vorfeld mit teilweise selbstgestalteten Plakaten auf die Veranstaltung hinweisen. Die Plakate werden Teil einer Präsentation der Arbeit und Angebote im freireligiösen/freigeistigen/humanistischen Spektrum sein und an Stellwänden während der Veranstaltung ausgestellt werden.

Verbände, die beispielsweise ein besonders gut gelungenes Projekt präsentieren möchten, können dies in einem Workshop tun, von dem andere Gruppierungen Anregungen für eigenes Tun mit nach Hause nehmen können. – Weitere Informationen gibt es bei der Freireligiösen Landesgemeinde Baden in Mannheim unter Tel. 0621-22805.

Tagung 2003 des IBKA zu Schlussfolgerungen aus der Säkularisation

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) findet in der Frankenakademie Schloss Schney in Lichtenfels statt.

Nachdem in Berlin und München kürzlich wichtige Veranstaltungen stattfanden, welche die historische Bedeutung und die politischen Folgen des Reichsdeputationshauptschlusses bzw. der Säkularisation aufgearbeitet haben, will der IBKA nun zusammen mit Vertretern anderer Verbände erörtern, welche – vielleicht unterschiedlichen? – praktischen Konsequenzen sich daraus für die künftige Arbeit der säkularen Verbänden ergeben könnten.

Mögliche Fragestellungen lauten: Vor welche Herausforderungen stellt die anhaltende Säkularisation? Welche Veränderungen ergeben sich im europäischen Integrationsprozess (EU-Erweiterung in Osteuropa, Kirche und Staat in Tschechien, Polen u.a., EU-Verfassung und Grundrechtecharta)? Welche Interessen haben säkulare Menschen heutzutage, und ist das Angebot der sich säkular verstehenden Verbände dafür wirklich adäquat?

Nach der formalen Mitgliederversammlung mit Berichten und Wahlen findet eine offene Tagung zusammen mit Vertretern anderer Verbände statt. Einem gemeinsamen Workshop „Säkularisation, Säkularisierung, Säkularität“ folgen eine Arbeitsgruppe zum Thema „Die starren Verhältnisse zum Tanzen bringen?“ (Neue Perspektiven der Arbeit säkularer Verbände im Umfeld von Staatskirche und Marktreligionen etc.) sowie ein Fachtreffen der Redakteure/Herausgeber/Ver-



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

leger von Medien/Publikationen der säkularen Verbände. Am Sonntag gibt es drei parallele Workshops: „Entkonfessionalisierung des Schulwesens – Werteerziehung für alle?“, „Kirchliches Arbeitsrecht und Grundrechte“ sowie „Reichsdeputationshauptschluss, Reichskonkordat und Staatsleistungen“.

Anmeldung bei: IBKA e.V., Postfach 1745, 58017 Hagen. Weitere Informationen gibt es bei: Rudolf.Ladwig@t-online.de.

Für eine totale Gewissensfreiheit!

Für die Trennung von Kirche und Staat!

Für Weltlichkeit in Europa!

Abschaffung der Erklärung 11 von Amsterdam!

Gemeinsame Erklärung der National Secular Society (Großbritannien) und der Fédération Nationale de la Libre Pensée (Frankreich)

Der französische Verband der Freidenker und die National Secular Society von Großbritannien haben beschlossen, sich gemeinsam an alle Bürger und Verbände in Europa zu wenden, die in Europa für Weltlichkeit kämpfen, seien sie rationalistisch, skeptisch, humanistisch, freigeistig oder freidenkend.

Jetzt wird an der künftigen Verfassung der europäischen Union gearbeitet. Das Grundprinzip, das darin besteht, die Gewissensfreiheit zu respektieren, wird schwer bedroht. Diese Gewissensfreiheit bedeutet u.a., dass jeder das Recht hat, einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft seiner Wahl anzugehören. Die europäische Grundrechtecharta garantiert die Freiheit der Religion und des Glaubenswechsels, aber nicht die Freiheit derjenigen, die keine Religion haben und die frei von jedem religiösen Einfluss bleiben wollen. Und das, obwohl 40 % der Europäer keiner Konfession angehören.

Die europäische Konvention für die Sicherung der Menschenrechte soll in Artikel 9 „die Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit“ garantieren, aber die Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofs meint, dass diese Begriffe keineswegs die Weltlichkeit der nationalen Institutionen und die Trennung von Kirche und Staat einschließen. Für den europäischen Gerichtshof stehen weder die Staatsreligionen noch das mittelalterliche Lasterungsdelikt und die Kirchensteuern in Widerspruch zu diesem Artikel 9.

In diesem Zusammenhang wird die Erarbeitung der künftigen europäischen Verfassung weiter diskutiert. Einige Regierungen fordern eine ausdrückliche Bezugnahme auf den Begriff eines Offenbarungsgottes in der Präambel dieser Verfassung und die Erwähnung des Christentums als gemeinsames kulturelles Erbgut der Völker in Europa.

Die klerikalen Lobbys jeder Art fordern mit Hilfe einiger Regierungen, dass die Erklärung Nr. 11 von Amsterdam in Form des Artikels I. 51 in die künftige europäische Verfassung integriert wird. Diese hat als einzigen Zweck, die antidemokratischen Privilegien der Kirchen und Religionsgemeinschaften in den verschiedenen Ländern der Union zu bestätigen und weiter auszubauen. Die meisten Länder garantieren den Kirchen sowieso ungeheure Vorteile, sei es durch Konkordat oder weil das jeweilige Land eine Staatsreligion hat. Würde diese Anordnung angenommen



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

werden, so könnte in Europa keine Nation die Staatsreligionen, das Lästungsdelikt, die Konkordate und die Kirchensteuern, so wie sie jetzt in vielen Ländern auf dem europäischen Kontinent bestehen, mehr in Frage stellen. Denn dieser Artikel I. 51 plant klerikale Maßnahmen wie folgende:

„- Die europäische Union respektiert und fällt kein vorläufiges Urteil über den Status, wodurch auf Grund des Nationalrechtes die Kirchen, die religiösen Verbände und Gemeinschaften in den Mitgliedsstaaten begünstigt werden.

- Ihre Identität und ihren spezifischen Beitrag anerkennend, hält die Union einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit diesen Kirchen und Organisationen.“

Das würde nicht nur das Aufrechterhalten der antiweltlichen und antidemokratischen Privilegien der Kirchen bedeuten, sondern eine Stärkung ihrer Position. Diese Passagen würden bedeuten, dass die absolute Gewissensfreiheit der Bürger der verschiedenen Länder verneint wird, und dass gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit der europäischen Bürger verstoßen wird.

Die National Secular Society und die Französischen Freidenker rufen alle Anhänger des freigeistigen Spektrums in Europa dazu auf, gemeinsam zu handeln, um diesen klerikalen Angriff zu vereiteln. Die französischen Freidenker und die National Secular Society rufen alle rationalistischen, skeptischen, humanistischen, freidenkenden und weltlichen Organisationen sowie alle Bürger der verschiedenen Länder Europas auf, am europäischen weltlichen Treffen teilzunehmen, und zwar in Paris am Samstag, 6. Dezember 2003.

Zum 70. Jahrestag des Reichskonkordates

Bundesregierung soll energisch auf eine Auflösung des Staatskirchensystems hinarbeiten

Am 20. Juli 1933 schlossen das Deutsche Reich und der Heilige Stuhl als Vertreter des internationalen Katholizismus das sogenannte Reichskonkordat, einen „internationalen“ Vertrag. Der katholischen Kirche wurden von Seiten Hitlers erhebliche Zugeständnisse gemacht, die ihnen zuvor in den 14 Jahren der Weimarer Republik von demokratischen Regierungen zu Recht nicht eingeräumt wurden.

Dieser von Hitler unterschriebene Vertrag ist als einziger aus der NS-Zeit noch heute gültig und dient als Rechtfertigung verschiedenster kirchlicher Privilegien. So wird z.B. die ersatzlose Einstellung der sogenannten „Staatsleistungen“ durch die Knebelartikel 18 und 33 des Reichskonkordates erschwert, obwohl sie sachlich gerechtfertigt wäre. Diese jährlichen Zahlungen der Bundesländer (und verschiedenster Kommunen), stellen nichts anderes dar als Kirchensubventionen in einem Staat, der laut Grundgesetz eigentlich weltanschaulich neutral sein sollte.

Allein diese Maßnahme könnte einen jährlichen Einspareffekt von ca. 420 Millionen Euro für die Länder bewirken. Der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) fordert die sofortige Kündigung des Reichskonkordates durch die Bundesregierung. Sie wäre ein begrüßenswerter Einstieg, das durch sogenannte „Staatskirchenverträge“ geprägte Verhältnis zwischen Staat und Kirchen zu beenden. Alles, was im Verhältnis zwischen bestimmten Religionsgesellschaften und staatlichen Gliederungen zu regeln ist, kann ebenso gut im Wege allgemeiner Gesetzgebung geregelt werden. Staatskirchenverträge sind Ausdruck einer altertümlichen Verbindung von „Thron und Altar“.

Notker Bakker, Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA)



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513